



Die Stadtverordnetenversammlung

Tagesordnung III Punkt 2 der öffentlichen Sitzung am 15. Dezember 2016

Antrags-Nr. 16-F-03-0103

Demokratische Teilhabe stärken

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.09.2016 -

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen,

1) Es wird festgestellt:

Ein Antragsrecht in der Stadtverordnetenversammlung für das Jugendparlament der Stadt Wiesbaden ist wünschenswert, aber nicht mit der HGO in ihrer derzeitigen Form vereinbar.

2) Der Magistrat der Stadt Wiesbaden wird beauftragt sich für eine Änderung der HGO im Punkte eines Antragsrechtes [für das Jugendparlament] im Hessischen Städtetag einzusetzen.

3) Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Ältestenausschuss, bis dahin eine Übergangslösung zu finden.

Beschluss Nr. 0475

Die Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden vom 13. Februar 2014 (Beschluss Nr. 0039), zuletzt geändert durch Beschluss Nr. 0167 der Stadtverordnetenversammlung vom 25. Mai 2016, wird wie folgt geändert:

§ 40 wird wie folgt neu gefasst:

„§ 40

Anträge des Jugendhilfeausschusses; Beschlussempfehlungen des Jugendparlaments und des Seniorenbeirats

(1) In der Regel werden Anträge des Jugendhilfeausschusses (§ 71 Abs. 3 SGB VIII) von dem/der Stadtverordnetenvorsteher/in ohne vorherige Beratung in der Stadtverordnetenversammlung unmittelbar dem zuständigen Ausschuss zur endgültigen Beschlussfassung überwiesen.

(2) Beschlussempfehlungen des Jugendparlaments und des Seniorenbeirats für die Stadtverordnetenversammlung werden dort vom gesamten Präsidium nach Prüfung eingebracht, es sei denn, dass mindestens die Hälfte der Präsidiums-Mitglieder einer Einbringung widerspricht. In Streitfällen kann jedes Mitglied des Präsidiums den Ältestenausschuss anrufen; an dessen Entscheidung ist das Präsidium gebunden.“

(antragsgemäß Ältestenausschuss 08.12.2016 BP 0064)

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .12.2016
im Auftrag

Dr. Heimlich

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .12.2016
im Auftrag

1. Dezernat I/16
mit der Bitte um weitere Veranlassung
2. Abdruck:
Dezernat I
Dezernat II
Dezernat VI
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Bock